



Integrationsgesetze zwischen Symbolfunktion und substanziellem Gehalt

Vergleich der Landesintegrationsgesetze in Deutschland

Prof. Dr. Petra Bendel

6. Mai 2021

Auftaktkonferenz zum Beteiligungsprozess für das Sächsische

Agenda

1. Integration in der Einwanderungsgesellschaft
2. Die Integrationsgesetze der Bundesländer im Vergleich
3. Reicht auch ein Integrationskonzept?
4. Fazit und Empfehlungen

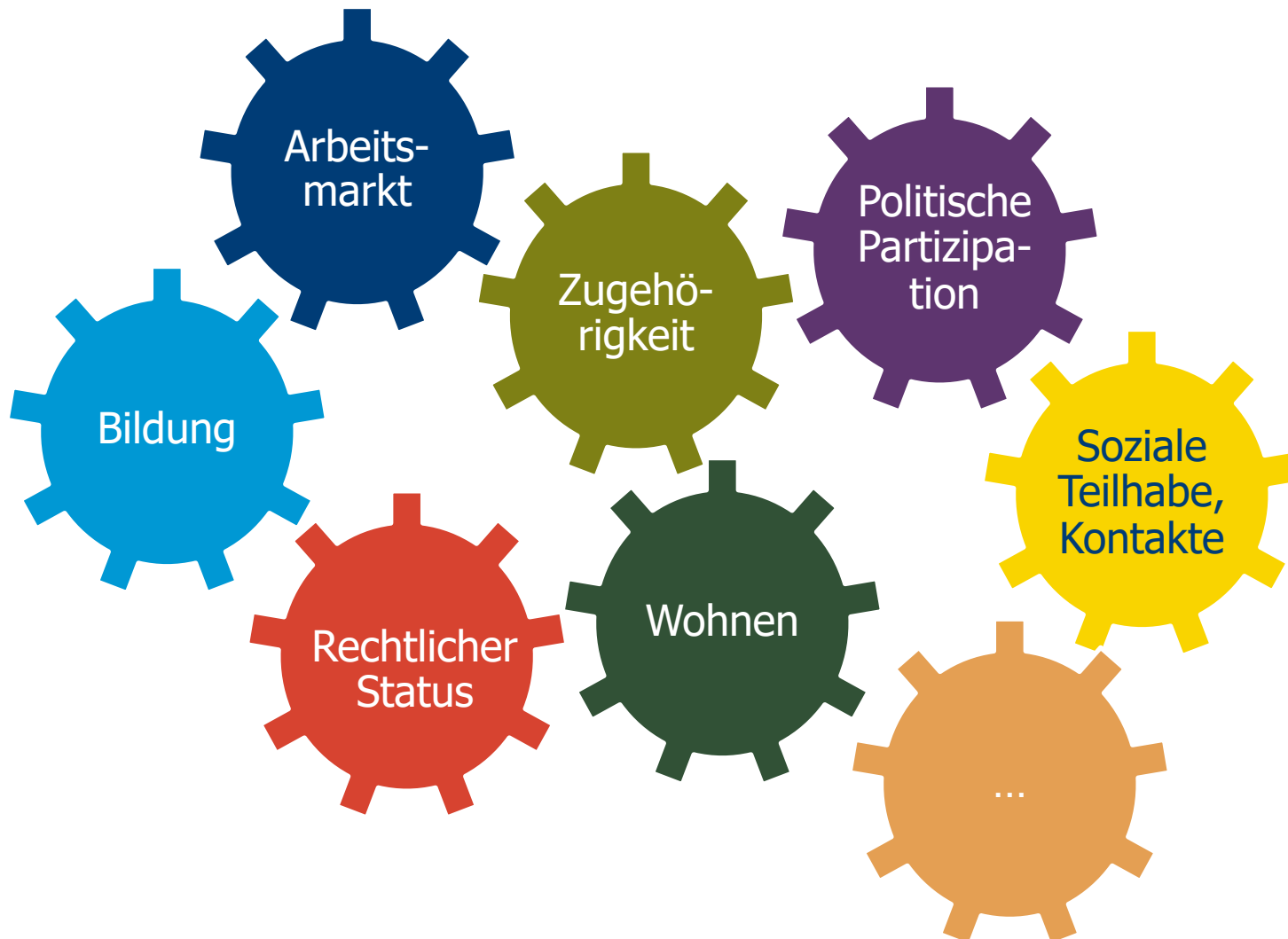
Agenda

- 1. Integration in der Einwanderungsgesellschaft**
2. Die Integrationsgesetze der Bundesländer im Vergleich
3. Reicht auch ein Integrationskonzept?
4. Fazit und Empfehlungen

Das Integrationsverständnis des SVR

- ✓ Chancengleiche Teilhabe
- ✓ aller Personen
- ✓ an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens
- Integration (i.e.S.) ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Zuwandernden, Staat und Aufnahmegesellschaft

Integration findet in vielen unterschiedlichen Bereichen statt. Politik kann die Rahmenbedingungen gestalten, aber Integration nicht vorschreiben.



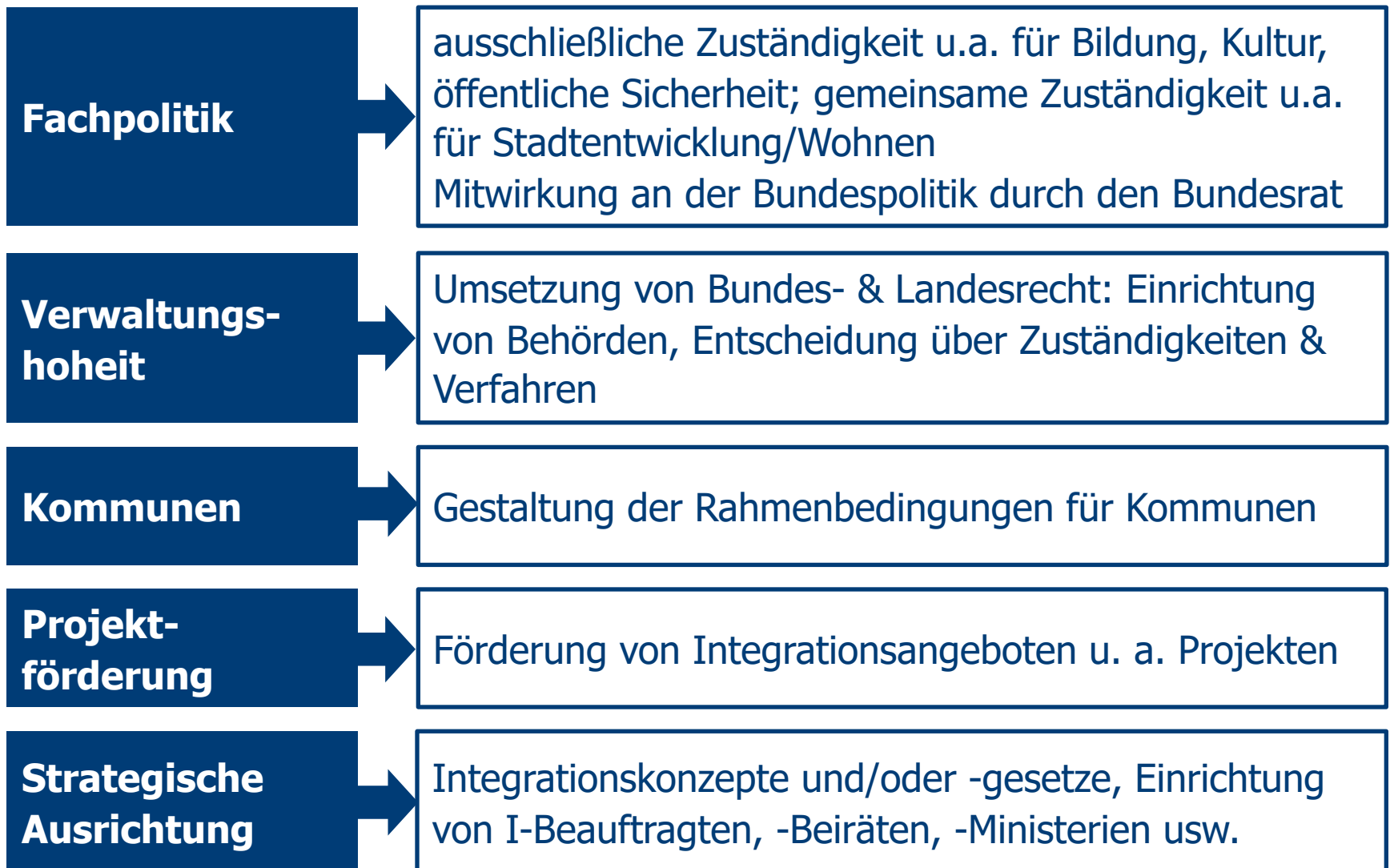
Integration als Querschnittsaufgabe erfordert ein politisches Mainstreaming

- Integration ist kein abgrenzbares Politikfeld: Die Rahmenbedingungen für Integration werden von verschiedenen Ressorts gestaltet
- Allgemeine Maßnahmen sind für gelingende Integration oft bedeutsamer als spezielle Maßnahmen
- Zuständigkeiten sind auf alle politischen Ebenen verteilt

→ **Mainstreaming von Integrationspolitik**

- Förderung von Teilhabe als zentrale politische Zielvorgabe
- Integration immer ‚mitdenken‘
- Stärkung und Öffnung der Regelstrukturen statt Sonderprogramme
- Bewusstsein für die geteilte Verantwortung in allen Ressorts und auf allen Ebenen schaffen, auch dann, wenn ein eigenes „Integrationsministerium“ existiert
- Ressortübergreifende Zusammenarbeit und Abstimmung

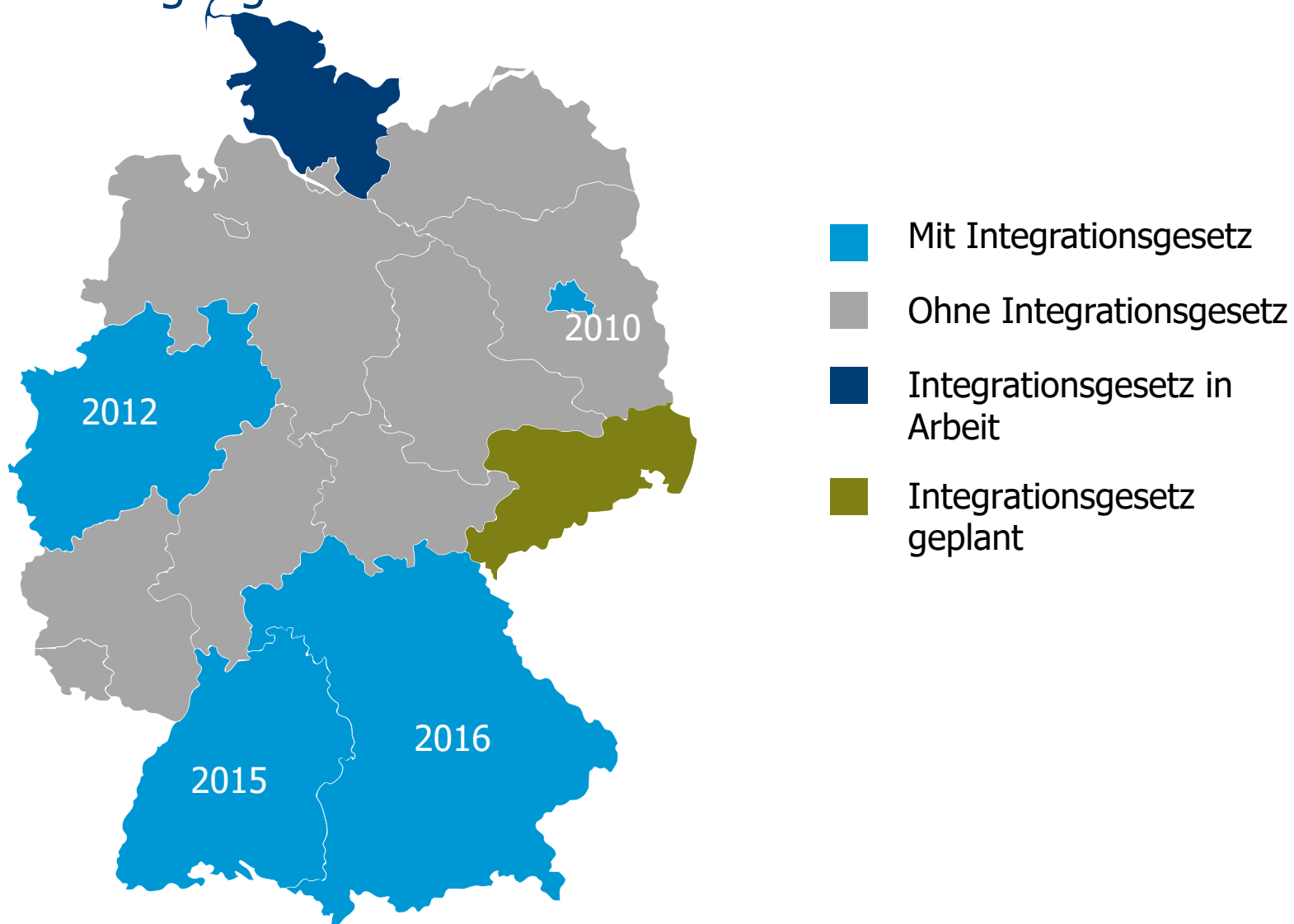
Die Bundesländer sind wichtige Akteure der Integrationspolitik



Agenda

1. Integration in der Einwanderungsgesellschaft
- 2. Die Integrationsgesetze der Bundesländer im Vergleich**
3. Reicht auch ein Integrationskonzept?
4. Fazit und Empfehlungen

Vier Bundesländer haben ein Integrationsgesetz; ein weiteres ist in Arbeit; in mehreren Bundesländern gab/gibt es entsprechende Überlegungen.



Unter den Integrationsgesetzen lassen sich analytisch zwei Typen unterscheiden.

Partizipations- bzw. Teilhabe- und Integrationsgesetze in Berlin, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg

- Ziel: gesellschaftliche Teilhabe fördern
- Rahmenbedingungen von Integrationspolitik auf Landesebene: Ziele, Institutionen, Beteiligung, Berichte
- Adressat: Politik / Verwaltung

Bayerisches Integrationsgesetz

- Ziel: Integrationspflicht und Integrationsförderung, Wahrung der Leitkultur
- Individuelles Verhalten von Zugewanderten: Achtung der Leitkultur, Spracherwerb; Integrationsförderung durch staatl. Einrichtungen, Wirtschaft, Medien
- Adressat: v. a. Zugewanderte

Die Integrationsgesetze von Berlin, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg stecken die Rahmenbedingungen von Integrationspolitik auf Landesebene ab.



Nur das TIntG NRW enthält konkrete finanzielle Zusagen: Mit den Kommunalen Integrationszentren wurde eine landesweite Infrastruktur neu geschaffen

1. Kommunale Integrationszentren (KI) und LaKI

- In allen 54 Kreisen und kreisfreien Städten wurden KI geschaffen, die integrationspolitische Angebote vor Ort koordinieren.
- Eine Landesweite Koordinierungsstelle (LaKI) berät die KI und unterstützt den Erfahrungsaustausch.

2. Finanzielle Zuweisungen an die Kommunen

- Sog. Integrationspauschalen: Land unterstützt Kommunen bei der Integration bestimmter Gruppen von neu Zugewanderten für die ersten 2 Jahre
- Festlegung, dass die vom Bund angesichts der hohen Flüchtlingszuwanderung bereitgestellten Sondermittel an die Kommunen weitergegeben werden.

Alle Gesetze beinhalten Regelungen zu Gremien und Beauftragten. Sie unterscheiden sich aber im Detail.

	Berlin	NRW	BaWü
Integrationsbeauftragte des Landes	ja	nein	nein
Integrationsbeauftragte unterhalb der Landesebene	in den Bezirken	in den Regierungsbezirken	in den Gemeinden und Landkreisen (kann)
Gremium auf Landesebene	Landesbeirat (<i>Mischform</i>)	Landsintegrationsrat (<i>Dachverband kommunale Vertretungen</i>)	LAKA (<i>Dachverband kommunale Vertretungen</i>) Landesbeirat (<i>berufen</i>)
Gremium in den Kommunen	Ausschuss	(<i>in GO</i>)	Rat oder Ausschuss (kann)

Das Bayerische Integrationsgesetz hat einen eher restriktiven Charakter.

Integrationspflicht

- Abstrakte Integrationspflicht für Zugewanderte
- Kostenrückerstattung für Sprachförderung
- Pflicht zur Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen im Strafvollzug
- Pflicht zur Teilnahme an einem Grundkurs über die Rechts- und Werteordnung bei Ablehnung derselben

Integrationsförderung

- Unterweisung in der deutschen Rechts- und Werteordnung; Geschichte und Kultur; Sitten und Gebräuche
- Vermittlung der Leitkultur durch Kitas, Schulen und Medien
- Unterstützung der Integration durch den Staat

Ordnungspolitik

- Bußgeld bei Aufruf zur Missachtung der verfassungsrechtlichen Ordnung
- Erleichterte Personenkontrollen und Durchsuchungen im Umfeld von Asylbewerberunterkünften

Die symbolische Bedeutung der Integrationsgesetze sollte nicht vernachlässigt werden.

- Das Gesetz legt Grundsätze und Ziele der Integrationspolitik fest.
- Idealerweise werden schon in der Erarbeitung verschiedene Akteure (innerhalb und außerhalb der Regierung) eingebunden.
- Regelmäßige Berichtspflicht schafft Verbindlichkeit und Aufmerksamkeit.



- Signalwirkung: Die Politik nimmt das Thema ernst
- Verdeutlichung des Integrationsverständnisses als gemeinsamer Kompass
- Mobilisierung für die Querschnittsaufgabe Integration
- ‚Mitnahme‘ der Öffentlichkeit

Agenda

1. Integration in der Einwanderungsgesellschaft
2. Die Integrationsgesetze der Bundesländer im Vergleich
- 3. Reicht auch ein Integrationskonzept?**
4. Fazit und Empfehlungen

Alle Länder haben Konzepte, Strategien oder Aktionspläne zur Integration veröffentlicht.

Aspekte der Integrationskonzepte

- ✓ Integrationsverständnis der Regierung
 - Teilhabeorientierung
 - Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe
 - Integration als Querschnittspolitik
- ✓ Bestandsaufnahme bestehender Programme und Maßnahmen
- ✓ Mehr oder weniger verbindliche Absichtserklärung zu zukünftigen Maßnahmen in zentralen Handlungsfeldern
- ✓ Konkrete Ziele
 - z. B. Hamburg: Zielwerte für 140 Indikatoren

Die Integrationskonzepte behandeln eine Vielfalt von Themen und Handlungsfeldern.

Bildung

Arbeit

Gesundheit

**Wohnen/
Nachbarschaft**

**Sprach-
förderung**

**Religiöse
Vielfalt**

Sport

**Interkulturelle
Öffnung**

**Willkommens-
kultur**

**Frauen &
Mädchen**

**Politische
Partizipation**

Integrationskonzepte dienen als Wegweiser und Gesprächsangebot: Sie zeigen Verwaltung und Bevölkerung, wohin die Reise gehen soll, und eröffnen Möglichkeiten zur Mitwirkung.

Funktion der Integrationskonzepte

- ✓ Selbstverpflichtung der Regierung
- ✓ Wegweiser: Wohin soll die Reise gehen? Was sind die Schwerpunkte?
- ✓ Aufwertung des Themas als politische Querschnittsaufgabe (auch intern!)
- ✓ Beitrag zur öffentlichen Debatte
 - Die Politik nimmt sich des Themas an
 - Verdeutlichung der inhaltlichen Schwerpunkte
 - Wertschätzung der Leistung von Zugewanderten
- ✓ Bei regelmäßiger Fortschreibung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft: Förderung einer konstruktiven Zusammenarbeit

Agenda

1. Integration in der Einwanderungsgesellschaft
2. Die Integrationsgesetze der Bundesländer im Vergleich
3. Reicht auch ein Integrationskonzept?

4. Fazit und Empfehlungen

Fazit

- ✓ Die Integrationsgesetze der Länder Berlin, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ähneln sich durchaus, setzen aber unterschiedliche Schwerpunkte.
- ✓ Unterschiede gibt es u.a. bei der Verbindlichkeit, bei der budgetären Hinterlegung und bei den beratenden Gremien.
- ✓ Bei der Erarbeitung von Integrationsgesetzen spielen die jeweilige politische Tradition, der Entstehungsprozess, die gewachsenen Strukturen und die politischen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt der Entstehung eine wichtige Rolle. Der Prozess ist manchmal ebenso bedeutsam wie das Ergebnis.
- ✓ Integrationsgesetz und Integrationskonzept sind nicht zwangsläufig Alternativen, sondern können sich ergänzen.

Empfehlungen: Integrationsgesetze und -konzepte haben Potenzial, wenn man es richtig macht

Ob Gesetz oder Konzept – auf die Umsetzung kommt es an

- Beide können das Mainstreaming von Integrationspolitik fördern
- Ziele und Absichtserklärungen müssen konsequent in Fachpolitik überführt werden
- Ausreichend finanzielle Unterfütterung
- Unterstützung ‚von oben‘

Regelmäßige Überprüfung und Fortschreibung

- Festlegung von Zielen und Überprüfung ihrer Erreichung
- Fortschreibung in einem partizipativen Prozess

Integration lässt sich nicht verordnen

- Angebote und Projekte oft bedeutsamer als explizite Rechtsregeln
- Symbolische Komponente: Botschaft wichtig



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.